

Danziger Zeitung



Blatt

M 14768.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petzeile über deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Inserationsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1884.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Salerno, 9. August. (W. L.) Der Pulverturm des Castells von Sangiorgio ist gestern Nachmittags in die Luft gesprengt. Dabei sind drei Menschen getötet und drei verwundet worden.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Bltg.

London, 8. August. Der Kronprinz und die Kronprinzessin, die noch bei der Königin in Osborne waren, machten gestern dem Prinzen Eduard von Sachsen-Weimar und dessen Gemahlin einen Besuch.

London, 8. August. Die Drogerfirma C. G. Meier u. Co. hier selbst hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiven sollen beträchtlich sein.

Petersburg, 8. August. Laut amtlicher Anordnung ist der Ort Chabarowka als Stabsquartier für den Militärbezirk des Amurgebietes bestimmt worden. — Wie es heißt, wird die Leiche des Generals Todek aus Riga nach Sebastopol gebracht und in Sebastopol beigesetzt werden.

Politische Übersicht.

Danzig, 9. August.

Gegenüber den Vermutungen, daß die Kaiser-Entrevue zu Ischl eine Verlängerung des österreichisch-deutschen Bündnisses bezeichne, meldet das Preußische "Neue Journal": Die Allianz sei bereits im vorigen Jahre auf weitere sechs Jahre verlängert worden und dauere somit bis zum Jahre 1890. — Nebrigens wird es in Wien als selbstverständlich betrachtet, daß wenn Fürst Bismarck nach Gastein kommt, Graf Kalnoky die Gelegenheit zu einer Begegnung mit dem deutschen Reichskanzler nicht vorübergehen lassen werde.

Eine agrarische Forderung. Der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Kreisvereins Erfurt, Herr Freiherr v. Müßling, stellte vor Kurzem, damit die deutsche Landwirtschaft wieder produktionsfähig werde, die Hauptforderung auf, daß „an Singengsoll die Differenz der Produktionskosten hohen und drüben gezahlt“ werde. Die deutsche Bauernzeitung bemerkte zu dieser Eröffnung, daß es genügen würde, die dadurch nothwendige Erhöhung der Getreidezölle anzugeben, um die Urausführbarkeit dieser hochwertigen Maßregel sofort klar zu erkennen. Der "Neue Görlitzer Anzeiger" rechnet nun auf Grund deutscher amtlicher Consular-Berichte aus, daß alsdann der Zoll auf Weizen 17 M. 50 Pf. pro 100 Kilo, also das siebzehnundhalbfaache des jetzigen Zolls betragen müßte!!! Diese agrarische Forderung ist also deutlich genug, wo die Herren wollen. „Jeder Bauernfreund, soviel er die genannte Bauernzeitung, wird hier nach doch einsehen, daß die Erreichung dieses Ziels unmöglich ist, daß man also durch Anwendung dieser Mittels den Bauer nur zu Wahlzecken täuschen will, denn was nicht auch ein noch so vortheilhaftes Mittel, wenn es nicht anwendbar und ausschöpfbar ist. Das ist eitel Unrat und hohle Redensart. Denn selbst der verbissene Agrarier wird doch wohl nicht die Erreichung eines solchen Zolls für möglich halten?“

Dazu kommt aber noch hinzu, daß jede Erhöhung des Getreidezolls auch eine Erhöhung der Industriezölle u. s. w. nach sich ziehen wird, die zum größten Theil die Bauern beziehen müssen. Sehr kurzichtig urtheilt also der seinen Bedarf an Getreide selbst erzeugende Bauer, wenn er glaubt, eine Erhöhung der Getreidezölle nützt und schade ihm nichts. Nutzen bringt sie ihm keinen, wohl aber Schaden durch Erhöhung der Industriezölle und als Vertheuerung der meisten Bedürfnisse. Wer seinen Bedarf an Getreide nicht selbst baut, wird doppelt geschädigt, er bezahlt für den Theil des Korns, das er zulassen muß, den Getreidezoll und außerdem noch die erhöhten Industriezölle. Vorstellbar haben nur diejenigen überhaupt wenigen Bauern, welche Getreide über ihren Bedarf bauen; diese aber auch nur dann, wenn der Nutzen von einer Erhöhung der Getreidezölle den Schaden von der Erhöhung der Industriezölle übersteigt, was kaum eintreten dürfte. Die umstöhlliche Thatache steht fest: 98 von 100 Landwirten haben von einer Erhöhung der Getreidezölle Schaden, nur 2 Prozent

aber Nutzen; diese 2 Prozent sind die Großbauern, die mit Hilfe der Bauern und auf Kosten derselben sich Sonder-Vorteile verschaffen möchten. Dieser Hinweis wird jeden einsichtigen Bauer überzeugen, daß eine Erhöhung der Getreidezölle für ihn ein zweideutiges, schädliches Ge- schenk ist.“

Den Kaiserlichen Erlass vom 22. v. Mts., durch welchen verfügt wird, daß aus dem Kaiserlichen Dispositionsfonds bei der Reichshauptkasse Invaliden aus dem Kriege 1870/71, welchen wegen Ablauf der gesetzlichen Präclusivfrist Pensionen nicht gewährt werden können, Unterstützungen im Gnadenwege gegeben werden sollen, dürfen wir mit großer Freude begrüßen. Nach den Mitteilungen, welche der preußische Kriegsminister bei den letzten Verhandlungen des Reichstags über diesen Gegenstand mache, haben solche Gnadenbewilligungen allerdings auch schon früher stattgefunden; der Erlass macht aber erheblich größere Mittel für diesen Zweck flüssig und schafft ein geordnetes Verfahren für die Erledigung der Unterstützungsgefälle. Viele Bedürftige, welche bisher haben abgewiesen werden müssen, werden jetzt berücksichtigt werden können. Aber erledigt kann die Sache auf diesem Wege nicht werden, sondern derselbe kann nur eine Milderung der vorliegenden und förmlich anerkannten Nebelsänke bewirken. Eine gesetzliche Regelung bleibt nach wie vor nothwendig. Denn nur durch eine solche können genügend Mittel beschafft und den Bedürftigen wirkliche Rechtsansprüche auf dauernde Pensionen gegeben werden. Der Kaiserliche Erlass will und kann, der Natur der Sache entsprechend, nur einmalige oder vorübergehende Unterstützungen gewähren und muß dieselben an Bedingungen knüpfen, welche zwar einer Unterstützungsbevollmächtigung im Gnadenwege ganz entsprechen, z. B. Nachweis der Bedürftigkeit und Würdigkeit, kann aber nicht die Verpflichtung Deutschlands gegen seine Verbündeten decken. Dies kann nur geschehen, wenn auf alle diejenigen, welche nachweislich ihre Krankheit auf den Krieg von 1870/71 zurückführen können, ohne Rücksicht auf den Zeitablauf der Pensionsanspruch ausgedehnt wird, und dazu bedarf es selbstverständlich gesetzlicher Regelung. Nachdem seitens des Kaisers selbst in feierlicher Form anerkannt ist, daß ein Bedürftiger zur Ordination dieser Sache vorliegt, darf wohl die Einbringung eines Gesetzentwurfs schon in der nächsten Session des Reichstags erwartet werden. Trotz einer solchen Ausdehnung des Gesetzes von 1871 wird aber die Gnadenbewilligung gerade bei den hier in Frage stehenden Fällen immer noch eine große Bedeutung behalten, weil der für die Erhaltung einer Pension nothwendige Nachweis des Ursprungs der Krankheit aus dem Kriege oft nicht genügend erbracht werden kann, aber doch hinreichende Veranlassung zur reichlichen Gewährung von Unterstützung vorliegt. Das Gesetz würde also eine sehr wichtige Ergänzung in dem kaiserlichen Erlass finden.

Man hat lange nach den eigentlichen Tendenzen des "Vereins zur Wahrung u. s. w." geforscht. Heute bringt nun die "Kreuzzeitung" einen Artikel über den Verein, der, wenn man von der subjectiven Färbung des Verfassers absieht, den Eindruck macht, als ob er mit ziemlicher Kenntnis der Verhältnisse geschrieben ist. Nur dürfte es ein Irrthum sein, wenn z. B. Herr Consul a. D. Annecy, der Generalsekretär der afrikanischen Gesellschaft, zu den Freihändlern gerechnet wird. Wir erfahren aus der "Kreuzzeitung", nebenbei auch, daß der schützöllnerische Centralverband deutscher Industrieller bei den Reichstagssitzungen des Jahres 1878 viel energischer in Action gewesen ist, als es bisher bekannt war, und daß die Annahme des "autonomen" Zolltariffs mit Zweidrittel-Majorität im folgenden Jahre wesentlich mit dieser eifriger Thätigkeit zuzuschreiben ist. Wir erfahren ferner, daß Regierungsrath a. D. Beutner, der Geschäftsführer des Centralverbandes, der ihm erthaltenen Ordens, den "sozialen Projecten" der Regierung energischer Opposition zu machen, gewandt umgangen und es auch unterlassen hat, nach oben von den veränderten Strömungen im Centralverbande Kenntnis zu geben,

Das Land, in dem wir jetzt augenblicklich leben, ist eine vollständige Wüste. So weit das Auge reicht, sieht es nichts wie Felsen und Sand, und wir müssen jeden Trocken-Drinkwasser von Capetown beziehen. Es regnet hier höchstens jährlich einmal und von wirklicher Vegetation kann daher auch nirgends die Rede sein. Nur einigedürre Sträucher und Cactussen tragen hier ein kümmerliches Dasein. Es sieht wirklich so aus, als wenn der Fluch des Herrn auf diesem Lande laste. Das Klima ist jedoch schön. Die Luft ist trocken und klar, aber nach Sonnenuntergang tritt hier stets ein großer Temperaturwechsel ein und während der Thermometer am Tage jetzt gewöhnlich 30 Gr. zeigt, haben wir Nächte selten mehr als 10 Gr.

Unsere Arbeiter sind alle Namaquas, Hottentoten und Navuambas, sämlich von rücksaurer Farbe, über alle Begriffe faul und dreckig und sie müssen öfters mit dem Chambud (vierziger Streifen getrockneter Rhinoceroshaut, der bei jedem Schlag Blut herbringt) aufgemuntert werden; doch halten sie das für ganz natürlich und werden nie den Versuch machen, sich gegen einen Weißen zu widersetzen. Diese Menschen führen ein über alle Begriffe armes und elendes Leben. Nur mit wenigen Lumpen oder gar nicht bekleidet ziehen sie an der Küste entlang, vielfach nur von Muscheln und andern Thieren, die tot ans Land getrieben werden, lebend, und ihr ganzer Kleidungsbestand gewöhnlich nur in zwei oder drei halberbrochenen Kochtöpfen und derjenige gilt als wahrer Krösus, der eine alte Flinten oder Büchse sein eigen nennt.

Etwas 80 (engl.) Meilen von der Küste ist es jedoch ganz anders. Das Land ist dort fruchtbar und frisches Wasser reichlich vorhanden und die dort

dass er zwischen beiden Theilen lautet hat und nun zwischen zwei Stühlen sitzt.“ Als die „bedeutendste Arbeitskraft“ des neuen Vereins wird Herr H. A. Bülow bezeichnet, der von dem „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland-Westfalen“, dem er gleichfalls in hervorragender Stellung angehört, auf den neuen Verein zur Wahrung u. s. w.“ auch den „langen Namen“ übertragen haben soll.

Herr v. Schröder, der preußische Gesandte beim Papst, ist, wie wir bereits meldeten, vor einigen Tagen in Berlin auf Urlaub eingetroffen. Wie man sich erinnern wird, war ihm ein Bericht über eine Unterredung vorausgegangen, welche er vor seiner Abreise von Rom mit dem dortigen Correspondenten eines Hamburger Blattes gehabt und in der er sich in sehr scharfen Ausdrücken über die Erfolgslosigkeit seiner Verhandlungen mit der Kurie ausgesprochen haben sollte. Ob Herr v. Schröder gerade die dort berichteten Worte gebracht hat, das verhindern wir nicht zu konstatiren; die "Nat. Bltg." vernimmt aber zuverlässig, daß jener Bericht die Auffassung des Gesandten vom Stande der Verhandlungen und von der Tendenz der Kurie bei denselben zutreffend wieder gegeben hat. Wenn — was ebenfalls eine Thatsache ist — der Papst gerade jetzt Franz Lenbach beauftragt hat, für ihn ein Bild des Fürsten Bismarck zu malen, so kennzeichnet auch dies die Situation: der Haben äußerlich möglichst freundlicher Beziehungen wird festgehalten; das Ergebnis der Unterhandlungen aber ist und bleibt gleich Null. — Vorgestern ist Herr v. Schröder vom Staatssekretär im auswärtigen Amt, Grafen Hauffeldt, empfangen worden. Von dem Bericht des letzteren an den Fürsten Bismarck über diesen Empfang, der nahezu eine Stunde gedauert hat, wird es wohl abhängen, ob sich Herr v. Schröder schon jetzt oder erst nach seiner Rückkehr von Lübeck nach Varzin begeben wird.

Trotz aller abweichenden Nachrichten, namentlich in der englischen Presse, hält man in Berliner diplomatischen Kreisen, denen durch ihre engen Beziehungen zu der dortigen chinesischen Gesandtschaft einige Sachkenntnis wohl zuguttrauen ist, an der Ansicht fest, daß es zu einem friedlichen Ausgleich zwischen Frankreich und China kommen werde. Das Tungli-Yamen soll sich bereits grundfäßig mit der Abtötung einer Entschädigung an Frankreich einverstanden erklärt haben und die noch schwedenden Verhandlungen sollen sich ausschließlich auf die Höhe der Entschädigungssumme beziehen. Eine friedliche Beilegung des Conflicts ist um so wahrscheinlicher, als die Cholera in Südfrankreich, die bei den Einschließungen der chinesischen Regierung eine große Rolle gespielt hat, im Löschen begriffen ist.

Über die Fortsetzung der Berathung über die Revisions-Vorlage in der geplanten Sitzung der französischen National-Versammlung wird telegraphic aus Paris berichtet: Lassant verlangte eine unbeschränkte Revision und griff das Ministerium und die Majorität der Versammlung auf das heftigste an. Der Berichterstatter der Commission, Gerville-Reache, erklärte gegenüber dem Deputierten Madier de Montjau, welcher die Bevollmächtigung des Senates gewünscht hatte, allein die Vorgänge in der Sitzung vom letzten Montag würden genügen, des Einkammerystems überdrüssig zu werden. Nach einigen Bemerkungen Chesnelong's, in welchen dieser verchiedene Bebaudungen des Berichterstatters richtig stellte, ergriff Pelletan das Wort und vertheidigte die Machtvollkommenheit der Nationalversammlung gegen jedwede Vereinbarung. Dauphin setzte auseinander, daß die vorliegende Vereinbarung aus dem Einvernehmen der beiden Majoritäten der Kammern hervorgegangen sei. Diese Ausführungen riefen lebhafte Proteste der Rechten und der Linken hervor und nun folgten wieder arge Standarten. Dauphin wurde gewungen, die Rednertribune zu verlassen. Als hierauf der Schluss der Generaldebatte durch Aufheben der Hände beschlossen wurde, nahm der Lärm zu. Jolibois bestieg die Tribune, wurde aber vom Präsidenten am Sprechen verhindert. Sablon-

reiche Mitglieder der Versammlung verliehen sodann ihre Plätze und drängten der Tribune zu. Der Präsident verlor bedient in Folge dessen sein Haupt und die Sitzung wurde suspendirt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ging die Versammlung zur Berathung der einzelnen Artikel über. Ein von Barodet eingeführtes Amendement, welches die Einberufung einer constitutiven Versammlung verlangt, wurde bei der Vorfrage mit 493 gegen 286 Stimmen abgelehnt. Barodet und sechs andere Deputierte, welche das Amendement mitunterzeichnet hatten, verliehen hierauf den Saal. Die nächste Sitzung findet heute statt.

Die belgische Kammer hat gestern, wie bei der entschiedenen Majorität, welche die Clericalen haben, nicht anders zu erwarten war, die Vorlage über Biederherstellung der Wahlkreise zugleich mit der Bill über die Erweiterung des Stimmrechts einbringen. An den Zugängen zu dem Kammergebäude sind dieselben politischen Sicherungsmaßregeln wie gestern getroffen. Der Bürgermeister von Brüssel hatte gestern Morgen eine längere Besprechung mit dem Minister des Innern.

In der Sitzung des englischen Oberhauses am 5. d. stellte Lord Redesdale die Anfrage, ob die Regierung in der Herbstsession die Neueinteilung der Wahlkreise zugleich mit der Bill über Biederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur päpstlichen Kurie mit 73 gegen 44 Stimmen angenommen. An den Zugängen zu dem Kammergebäude sind dieselben politischen Sicherungsmaßregeln wie gestern getroffen. Der Bürgermeister von Brüssel hatte gestern Morgen eine längere Besprechung mit dem Minister des Innern.

Deutschland. □ **Berlin, 8. August.** Kaiser Wilhelm ist heute im besten Wohlbefinden auf der Station Großbeeren eingetroffen und dort von den Prinzen Wilhelm und Heinrich empfangen worden. In vierjähriger Equipe begab sich darauf der Kaiser nach Schloss Babelsberg, wo er für die nächsten Wochen zu residieren gedacht. Alle, die ihn heute wiedersehen Gelegenheit hatten, sind erstaunt über das blühende Aussehen und die geistige Frische des freien Monarchen. Der Kaiser machte im Laufe des heutigen Vormittags der Frau Prinzessin Wilhelm einen längeren Besuch und befand bei dieser Gelegenheit zum ersten Male den jüngst geborenen Urenkel zu sehen, der sich inzwischen ganz prächtig entwickelt hat. Vergnügt der Taufe derselben ist bereits heute alles Rühre bestimmt worden. Die Einzelheiten werden aber erst nach der am Montag oder Dienstag erfolgenden Rückkehr der Kaiserin amtlich bekannt gemacht werden.

Graf Hauffeldt, der dem Kaiser sofort einen längeren Vortrag über die politische Lage halten wird, gedenkt seinen Urlaub am 20. d. Mts. anzureisen. Er wird vom Unterstaatssekretär Dr. Busch vertreten werden.

Berlin, 8. August. Aus Hannover wird der "Bib. Corr." geschrieben: In Correspondenz verschiedener Blätter aus Hannover wird berichtet, man denkt hier — also doch wohl in den Kreisen der Parteileitung — daran, in einem der offiziellen Wahlkreise den Herrn Kommunenrat Jänecke in Hannover als Wahlkandidaten aufzustellen. Nichts kann bezeichnender für die Dahinen sein, in welche der hannoversche Nationalliberalismus allmählich gelangt ist. Herr Jänecke war zur Zeit des Königs Georg dessen loyaler "Hofbuchdrucker"; man hat damals, als nationale und liberale Gesinnung hier schädlich für das Geschäft war, weder von nationalen Bestrebungen noch vom Liberalismus des Herrn Jänecke etwas gehört. Nach der Annexion wurde er alsbald loyal preußisch; das von ihm gedruckte und verlegte Blatt, die "Hannov. An-

Administrator oder vielmehr unumschränkter Geheimer über ca. 30 engl. Meilen Land und ich werde, wenn alles nach Wunsch geht, in einem Jahre ca. 2. bis 3000 Stück Kindbett und Pferde da haben, die dann später über Land nach Capstadt zum Verkauf geschildert werden sollen. Von dem Erlös wird mir ein Prozentztag zufallen.

Zum Transporte unserer Waren von hier aus haben wir 20 gewaltige Plantwagen, jeder mit 20 Ochsen bespannt und wir reisen selbst theilsweise in denselben, theilsweise zu Pferde. Wasser müssen wir jedoch stets für die ganze Tour mitnehmen. Meine Ausrüstung besteht neben den gewöhnlichen Utensilien wie Hemden und Unterbeinkleidern etc. aus 12 blauen Flannelblousen, Reitstiefeln, Gummibüdchen zum Schlafen im Freien u. s. w., meine Bewaffnung aus 12 Bündelblüdchen, die ich jedoch hoffentlich bald mit einem Mausergewehr werde versuchen können, einer Doppelpistole, einem Revolver schwersten Calibers und einem Bowiemesser mit 9 Zoll langer haarscharfer Klinge. Meinen Reiseanzug bilden Reithosen und Stiefel, Unterzeug, blaue Blouse und ein indisches Helm als Kopfschutz. Um die Hüften trage ich einen ledernen Gürtel, in welchem der Revolver nebst Patronentasche und Messer hängt, über die eine Schulter eine andere starke wasserdicke Patronentasche und über die andere das Gewehr.

In Anbetracht meiner bevorstehenden Reise werde ich wohl kaum während der nächsten drei oder vier Monate in der Lage sein, an Dich schreiben zu können. Mir geht es unberufen gut und ich hoffe, daß Ihr Euch meinetwegen nicht beunruhigen werdet. Lebe wohl meine liebe Mama! Mit vielen Grüßen Dein z.

